

WÄHLEN GEHEN!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 20. Januar 2013 wählen wir in Niedersachsen einen neuen Landtag und damit eine neue Regierung. Diese Wahl findet vor dem Hintergrund der Folgen der größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise in Europa seit Bestehen der Bundesrepublik statt. Politik, die auf unregulierte Märkte, Sozialabbau und die Strangulierung öffentlicher Haushalte setzt, ist gescheitert. Ein Politikwechsel muss her!

Gefordert ist eine Politik der Solidarität. Die Menschen in Niedersachsen brauchen gute Arbeits- und Lebensbedingungen, gleiche Bildungschancen sowie einen starken sozialen Zusammenhalt.

Niedersachsen muss sich auf Bundesebene einsetzen für die Schaffung sicherer Jobs, gegen die Rente mit 67 und für gleitende Übergänge in den Ruhestand, für eine menschenwürdige Grundsicherung und eine leistungsfähige Bürgerversicherung, gegen aggressiven Rechtsextremismus und für eine uneingeschränkte Willkommenskultur.

Wir empfehlen Ihnen, die Programme der Parteien unter die Lupe zu nehmen. Gehen Sie zur Wahl und entscheiden Sie mit, wer in Niedersachsen Politik gestaltet. Unsere 13 Forderungen für 2013 mögen Ihnen dabei hilfreich sein.



Ihr Hartmut Tölle
DGB-Landesvorsitzender Niedersachsen

MITGLIED WERDEN!

Von tariflichen Leistungen, Rechtsschutz und vielen weiteren Vorteilen profitieren die Mitglieder unserer DGB-Gewerkschaften. Welche genau das sind, lesen Sie unter www.dgb.de/service/mitglied-werden.

Dort finden Sie acht gute Gründe, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, und ein Online-Aufnahmeformular.

Übrigens: Wir sind auch auf Facebook und bei Twitter präsent und freuen uns über neue Fans und Follower!

www.facebook.com/DGBniedersachsen
www.twitter.com/dgb_nds

Impressum:
DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover
Telefon: 05 11/1 26 01-0
Telefax: 05 11/1 26 01-57
www.niedersachsen.dgb.de

Dieser Flyer ist klimaneutral gedruckt.



DGB

Niedersachsen nachhaltig gestalten!

Gute Arbeit. Gleiche Chancen.

13 Gewerkschaftliche Positionen zur Landtagswahl 2013 in Niedersachsen



GUTE ARBEIT!

Arbeitslosigkeit und prekäre Jobs bestimmen den Alltag vieler Menschen. Wir fordern Gute Arbeit mit fairen Löhnen und sozialer Sicherheit. Die Mitbestimmung von Beschäftigten sowie die Bindung an Tarifverträge sind zu fördern.

1. Die neue Landesregierung muss sich für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen **Mindestlohnes** von mindestens 8,50 Euro pro Stunde einsetzen. Solange es diesen nicht gibt, braucht Niedersachsen ein **Landesmindestlohngesetz**.
2. Bei der Vergabe aller öffentlichen Aufträge müssen Tariflöhne gezahlt werden. Niedersachsen braucht ein wirksames **Tarifreuegesetz**, das Lohn- und Sozialdumping verhindert.
3. Unternehmen, die von öffentlicher **Wirtschaftsförderung** profitieren, müssen soziale Standards, Tarifverträge und Leiharbeitsquoten einhalten.
4. Langzeitarbeitslose müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Für sie ist ein **öffentlicher Beschäftigungssektor** mit guten Arbeitsbedingungen erforderlich.
5. Auch der **Öffentliche Dienst** braucht gute Arbeitsbedingungen. Das Land als Arbeitgeber muss für eine ausreichende und nachhaltige Personalausstattung sorgen. Die Beschäftigten brauchen mehr Mitbestimmung durch ein besseres Personalvertretungsgesetz sowie ein modernes Dienstrecht. Die Beamtinnen und Beamten brauchen wieder Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die Pension mit 67 muss zurückgenommen werden.

NIEDERSACHSEN NACHHALTIG GESTALTEN!

Niedersachsen braucht eine Politik, die für nachhaltiges Wachstum und für Beschäftigung sorgt, Sicherheit schafft, Armut verhindert und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern stärkt.

6. Obwohl privater Reichtum stetig zunimmt, sind die Kassen von Land und Kommunen leer. **Steuerpolitik** muss öffentliche Einnahmen stärken und Wohlstand umverteilen: Wir brauchen eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, hohen Einkommen, großen Vermögen und Erbschaften sowie eine Finanztransaktionsteuer. Der Landeshaushalt muss stabil finanziert werden. Wir lehnen eine **Schuldenbremse** ab, die die Staatskassen vom Auf und Ab der Konjunktoren abhängig macht.
7. Bei der Energiewende muss Niedersachsen Vorreiter sein. Die **Förderung erneuerbarer Energien** und der Aufbau dezentraler Strukturen müssen im Mittelpunkt stehen. Die Suche nach einem Atom-Endlager muss ergebnisoffen erfolgen.
8. Männer und Frauen wollen eine **geschlechtergerechte Arbeitswelt und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben**. Niedersachsen muss sich für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und die Einführung von Frauenquoten in Führungspositionen einsetzen.
9. Die **Innere Sicherheit** muss Priorität in Niedersachsen haben. Sie wird befördert durch gute Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Neben der Polizei sind insbesondere Kommunen für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich. Für die Kriminalprävention ist eine Stärkung der Netzwerke aus Verbänden, Vereinen und Verwaltung unerlässlich.

GLEICHE CHANCEN!

Gleiche Beteiligung für alle – egal welcher Herkunft – ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und für aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Inklusion muss in allen Bildungsbereichen umgesetzt werden.

10. Die **Betreuung in Krippen und Kitas** muss deutlich ausgebaut und verbessert werden. Kita-Gebühren sind abzuschaffen.
11. Niedersachsen braucht Schulen, die fördern statt aussortieren. Wir fordern **gemeinsames Lernen für alle bis Klasse 10, Gesamtschulen müssen ohne Wenn und Aber zugelassen werden**. Ganztagschulen müssen ausgebaut und mit dem dem erforderlichen Fachpersonal ausgestattet werden.
12. Zu viele Jugendliche müssen auf Warteschleifen ausweichen, weil sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden. Der **Übergang zwischen Schule und Beruf** muss reformiert werden. Allen jungen Menschen muss eine **gute Ausbildung** garantiert werden.
13. Gebühren erschweren Menschen aus finanziell schwächeren Familien den Zugang zu qualifizierter Ausbildung. Das Schulgeld in der **Altenpflegeausbildung** ist durch eine Umlagefinanzierung zu ersetzen. Niedersachsen muss **Studiengebühren** endlich abschaffen. Die **Öffnung von Hochschulen** für Studierende ohne klassischen Hochschulzugang muss nachhaltig gefördert werden.